

auf verschiedenen Ebenen nachgewiesen. Zunächst erscheint sie als ideologische Mäßigung der politischen Akteure. Sowohl der sozialistische PSOE als auch der konservative PP begraben »radikale« linke und rechte Bezugspunkte und orientieren sich an gemäßigten Vorbildern wie der deutschen Sozialdemokratie oder der britischen *Conservative Party* (vgl. für den PSOE: Molina 2010). Zudem geschieht die Normalisierung auf ökonomischem Terrain. Die spanische Wirtschaft baut angeblich überholte Industrien ab (Kohleabbau, Schiffbau, Chemieindustrie). Dagegen setzt sie auf Tourismus, Finanzen, Immobilien und den Dienstleistungssektor, um sich im europäischen Binnenmarkt zu behaupten. Des Weiteren wird die Normalisierungstendenz sozialstrukturell festgemacht. Gegenüber der ehemaligen Spaltung des Landes zwischen einer großen Arbeiter- und Bauernklasse und einer kleinen Oberschicht von Bourgeoisie, Lehnsherren und Adel entsteht ab den 1960er Jahren eine breite urbane Mittelklasse. Diese wird als Garant dafür stilisiert, dass Spaniens Normalisierung erfolgreich geschieht und als unumkehrbares Faktum erscheint, wird doch die junge Mittelschicht als gemäßigt, unpolitisch, konsumorientiert und fortschrittorientiert gezeichnet. Letztlich offenbart sich die Modernisierung in symbolischen Großereignissen, in denen sich das neue Spanien auf internationaler Bühne zur Schau stellt. Als Sinnbild dafür stehen im Jahr 1992 die Olympiaden in Barcelona und die Weltausstellung in Sevilla. In diesen Großevents zeigt Spanien, so Pereira-Muro (2015: 219), sein »modernes Gesicht«, das Land gewinnt an »Visibilität und internationalem Prestige«.

Dass Spanien endlich seine Sonderstellung verloren habe und ein westlicher Staat geworden sei – entlang dieses normativen Leitmotivs strukturiert die kanonische Literatur ihre Erzählung rund um die knapp vier Jahrzehnte, die vom Ende des Franquismus bis zum Ausbruch der Empörtenproteste reichen. Die folgende Analyse wird sich an diesem Motiv orientieren und es in einem konzeptuellen Dreischritt aufschlüsseln. Ich beschäftige mich zuerst mit dem Gründungsmythos der Transition, anschließend mit der Konsolidierungszeit der 1980er Jahre und blende zuletzt beide Epochen übereinander, um die Kultur der Transition ganzheitlich darzustellen.⁹

2 Die Kultur der Transition

2.1 Die Transition (1975–1978) als Gründungsmythos

Die historische Rekonstruktion der Kultur der Transition beginnt mit dem Zeitraum von kaum drei Jahren, die im engen Sinne als Übergang von der franquistischen Diktatur

lung nach 1975. Sie beschreiben ein abgeschottetes politisches System, das sich teilweise noch im Erbe des Franquismus bewegt, lamentieren den Rückgang von Mobilisierungen und sozialen Konflikten ab den frühen 1980er Jahren als Demokratiedefizit und betrachten den Normalisierungstypus als Verschleierung von Spaniens ungelösten Problemen. Für diese randständigen Kritiken beispielhaft stehen die Schriften von Francisco Fernández Buey, Gregorio Morán oder Vicenç Navarro.

9 Dabei ist die Warnung von Rafael Núñez Florencio (2010: 16) im Hinterkopf zu behalten: »Das moderne Spanien, in Europa integriert, für manche ein politisches Modell und für andere ein kulturelles Vorbild, hat auch seine Gespenster.«

hin zur Errichtung der Demokratie bezeichnet werden. Die Darstellung reicht vom Tod des Diktators Francisco Franco am 20. November 1975 bis zum Inkrafttreten der Verfassung am 6. Dezember 1978. Drei Großereignisse definieren, so die hegemoniale Erzählung, diese kurze Zeitspanne: der Antritt von Juan Carlos I als Nachfolger Francos (Dezember 1975), die Debatte und Verabschiedung des Gesetzes über die politische Reform (1976/1977), schließlich das Inkrafttreten der demokratischen Verfassung (Dezember 1978). Jedes dieser Ereignisse markiert je für sich einen spezifischen Bruch mit der Vergangenheit. Es wird dort eine generationale, demokratische und systemische Wende inszeniert. Die folgende Darstellung stützt sich im Folgenden vorwiegend auf die Arbeiten, die im Onlineportal *Rincón del Vago* zu den Themen »Transition« und »Demokratie« veröffentlicht wurden. Ihre Interpretation der Transitionsjahre ist besonders prägnant. Es sei nochmals an die Eigenheiten dieser historisch orientierten Diskursanalyse erinnert: Die folgende Darstellung erzählt die für die Kultur der Transition bedeutsamen Ereignisse im Stile einer Narration. Möglichst mimetisch werden neben den inhaltlichen Schwerpunktsetzungen die Darstellungsformen der gesichteten Dokumente zum Sprechen gebracht.

Ereignis 1: Juan Carlos I als Staatsoberhaupt Spaniens (Nov. 1975) Die Bekanntgabe, dass König Juan Carlos I die Nachfolge von Francisco Franco an der Staatsspitze antreten werde, besiegelte das Ende der Diktatur, die seit 1939 bestanden hatte. Bereits vor dem Tod Francos hatte Juan Carlos in Spanien und Europa politische Beziehungen geknüpft, um Spanien in eine neue demokratische Epoche zu führen. Der Monarch war sich bewusst, dass sich »das Regime des betagten Diktators seit Jahren auflöste und in eine Sackgasse geglitten war« (Fernández 2015: 2). Dagegen war der 1938 geborene Juan Carlos zum Zeitpunkt von Francos Ableben noch keine 40 Jahre alt. Er verkörperte eine junge Generation, die den Bürgerkrieg nicht erlebt hatte und die bestrebt war, Spanien aus seinem rückschrittlichen Zustand zu befreien.

Der König verfolgte von Anfang an einen gemäßigten Reformkurs. Er strebte einen friedlichen Übergang zur Demokratie an, die sich in der Losung *de la ley a la ley por la ley* (vom Gesetz zum Gesetz über das Gesetz) verdichtete. Spanien sollte schrittweise die franquistische durch eine demokratische Legitimität ersetzen. Juan Carlos I suchte das politische System von innen zu reformieren. Der Monarch selbst verkörperte vorzüglich diese organische Transition, nahm er doch ein Scharnierstellung zwischen alter und neuer Ordnung ein. Der König fungierte als »Brücke zwischen der autoritären Vergangenheit und der demokratischen Zukunft« (Devecchi 2015: 6). Das Reformprojekt des Königshauses setzte in diesem Geiste auf die Doppeleinbindung der reformorientierten Sektoren des Franco-Regimes und der moderaten demokratischen Opposition. Der Monarch wollte einen Regimewechsel herbeiführen, der radikale Kräfte ausschloss, um Unsicherheit und Chaos zu vermeiden. Der folgende Abschnitt illustriert den Zuschnitt des gemäßigten Reformprojekts von Juan Carlos gegenüber seinen Widersachern:

Niemand, weder Linke noch Rechte, konnten vermuten, welche Rolle der neue Monarch Don Juan Carlos spielen würde. **Die Rechte** war von der Lebensfähigkeit des Franquismus nach Franco überzeugt. Weder die Schlüsselinstitutionen noch die Grundgesetze des Franquismus sollten angetastet werden. Um das Land an die neuen Zeiten

anzupassen, waren [aus rechter Sicht] bloß wenige institutionelle Retuschen notwendig.

Auch **die Linke** setzte nicht auf Juan Carlos. Der damalige Generalsekretär der kommunistischen Partei, Santiago Carrillo, nannte ihn »Juan Carlos den Kurzlebigen«.

Doch Don Juan Carlos engagierte sich tatkräftig für eine konstitutionelle, demokratische und parlamentarische Monarchie. Um dieses Projekt zu verwirklichen, bedurfte es seitens der Regierung ein entschlossenes Reformprogramm. Ein Programm, das friedlich mit der Regimeopposition abgesprochen wurde. (Anybel 2015: 2, H. i. O.)

Im Abschnitt sticht zunächst die politische Schlüsselrolle von Juan Carlos I hervor. Gegenüber der Geringschätzung der Linken (»Juan Carlos der Kurzlebige«) entfaltet der König ein eigenständiges politisches Profil, das mit den Vorstellungen des rechten wie des linken Lagers bricht. So öffnet sich ein Horizont abseits der langjährigen Polarisierungstendenzen Spaniens. Zudem beweist der König Standhaftigkeit, er verfährt sein Programm gegen mächtige Widersacher. Sein Programm ist nicht deckungsgleich mit dem institutionellen Franquismus der Rechten. Eine Kontinuität des autoritären Staatsapparats kommt für ihn nicht in Frage. Für ihn bedarf das Land mehr als bloß einige »institutionelle Retuschen«, um sich an die »neuen Zeiten« nach Franco anzupassen. Dies führt zum Inhalt des Projekts von Juan Carlos I. Es hat durchweg demokratische Markenzeichen, es möchte Spanien auf einen westeuropäischen Modernisierungspfad bringen. Was kann 1975 zeitgemäßer sein als eine »konstitutionelle, demokratische und parlamentarische Monarchie«? Was ist vernünftiger als ein »entschlossenes Reformprogramm«, das »friedlich« mit der Regimeopposition koordiniert wird, um alte Zwietracht zu vermeiden? Die Kernbotschaft des Zitats ist unmissverständlich: Mit dem Antritt von Juan Carlos I an der Staatsspitze beginnt die demokratische Transition. Der junge König verkörpert ein neues Spanien, das sich »der Wiedereinrichtung der Demokratie verpflichtet« (Medus 2015: 4).

Ist der Monarch Juan Carlos I die eine Symbolfigur von Spaniens Neuanfang, so ist der ähnlich junge Präsident Adolfo Suárez die andere. Die kanonischen Darstellungen sind sich einig, dass die Präsidentschaft von Suárez ab Juli 1976 die demokratische Transition einleitete. Die folgenden drei Zitate pointieren den Antritt von Suárez als Präsident in je spezifischer Weise:

Juan Carlos I ersetzte Arias Navarro durch Adolfo Suárez. Dieser wurde damit beauftragt, die Transition durchzuführen. (Ebd.: 5)

[Der König] ernannte Adolfo Suárez 1976 zum Regierungspräsidenten. Suárez demonstrierte das politische System des Franquismus durch die sogenannte demokratische Transition und steuerte Spaniens Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie. (Fernández 2015: 1)

Die zweite Regierung der Monarchie unter dem Vorsitz von Adolfo Suárez vollzog in der Innenpolitik eine radikale Wende: Sie legalisierte die politischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen und rief die ersten freien Parlamentswahlen aus. (Anybel 2015: 4)

Die Zitate stimmen in zwei Punkten überein. An erster Stelle heben sie hervor, dass Juan Carlos I für die Regierung von Suárez verantwortlich ist. Der Monarch entscheidet, den noch durch Franco ernannten Arias Navarro durch den 1976 erst 43-jährigen Minister Adolfo Suárez – der allerdings im Franco-Regime schon erste Verwaltungserfahrungen gesammelt hatte – an der Regierungsspitze zu ersetzen. Das erste Zitat ist aufschlussreich: »Dieser [Suárez] wurde [von Juan Carlos] damit beauftragt, die Transition durchzuführen.« Der Monarch erscheint als faktisches Exekutivorgan, ihm fällt die *Agency* über Spaniens Regierungsbildung und ihren politischen Kurs zu. Und Juan Carlos I entscheidet sich aus seiner aufgeklärten Position heraus, Suárez als den idealen Kandidaten auszuwählen, um Spaniens Demokratisierung zu leiten. An zweiter Stelle rücken die Zitate die persönliche Entschlossenheit von Suárez in den Vordergrund. Der neue Präsident leitet Grundlagenreformen ein, er »demontiert das politische System des Franquismus«. Es ist Suárez, der eine »radikale Wende« der spanischen Politik vollzieht. Er legalisiert Parteien und Gewerkschaften, er ruft die ersten freien Parlamentswahlen aus, er »steuert« Spaniens »Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie«. Ist Juan Carlos I persönlich für die Ernennung von Suárez verantwortlich, so übernimmt dieser eine nicht minder große Verantwortung für Spaniens Neubeginn. Juan Carlos I und Adolfo Suárez – dieses Führungstandem führt im kanonischen Narrativ Spanien fast schon im *Alleingang* von der Diktatur zur Demokratie.

Der Antritt von Juan Carlos I zum Staatsoberhaupt vermittelt die Kernbotschaft, dass Spaniens demokratische Reformen auf Entscheidungen der obersten Exekutive beruhen. Die Legitimität von Monarch und Präsident besitzt hierbei einen doppelten Ursprung. Auf der einen Seite verankert sich ihre Legitimität im franquistischen Regime. Juan Carlos als Staatsspitze und Adolfo Suárez als Minister des Regierungskabinetts seit 1975 legen dar, dass sich das Franco-Regime nicht gewaltsam auflöst, sondern von innen her erneuert. Auf der anderen Seite besitzen aber Suárez wie Juan Carlos I eine demokratische *Gesinnung*, durch die sie in die Nähe der Regime-Opposition und ihrer Forderungen rücken. In diesem Sinne vereint sich in den Personen des Monarchen und Präsidenten zugleich »die franquistische Ordnung und der politische Wandel« (Anybel 2015: 2). Die Scharnierstellung von Suárez und Juan Carlos I zwischen Franco-Regime und demokratischer Opposition ist entscheidend, verspricht sie doch eine von oben betreute Evolution des Franco-Regimes zur Demokratie ohne Umbrüche oder Konflikte.

Ereignis 2: Gesetz zur politischen Reform (Herbst 1976) Der betreute Übergang zur Demokratie äußert sich paradigmatisch im zweiten Großereignis, das den Gründungsmythos von 1978 konstruiert. Es ist *la Ley para la Reforma Política* (das Gesetz für die politische Reform). Das Inkrafttreten dieses Gesetzes Ende 1976 macht den demokratischen Übergang »irreversibel« (Crisloki 2015: 3), es entmachtet die franquistische Ständekammer und setzt einen verfassungsgebenden Prozess in Gang. Das Gesetz legalisiert alle politischen Parteien, richtet das allgemeine Wahlrecht ein und bekräftigt die Grund- und Freiheitsrechte. Für dieses weitreichende Reformprogramm nimmt Suárez sowohl mit der Opposition als auch mit den Regimekräften Gespräche auf. Durch sein geschicktes Vorgehen gelingt es ihm, sowohl linke als auch rechte Kritiker zu überzeugen – und radikale Regimegegner auszugrenzen (vgl. ebd.: 3f.). Das Gesetz ist in vielerlei Hinsicht ein tiefgreifender Richtungswechsel. Erstmals seit 40 Jahren wird das Prinzip der Volkssou-

veränität anerkannt, erstmals nehmen die seit 1939 verbotenen kommunistischen (PCE) wie sozialistischen (PSOE) Parteien an der politischen Auseinandersetzung teil. Das Gesetz über die politische Reform bedeutet einen radikalen Schnitt, es markiert den Wendepunkt von der Diktatur zur Demokratie. Das folgende Zitat hält fest: »Adolfo Suárez reichte das Gesetz zur politischen Reform ein. Die franquistische Kammer nahm es am 18. November 1976 an. Die Demokratie wurde ausgerufen.« (Chamito 2015: 6)

Hier ist die allgemeine Darstellung zu verlassen und in die dichte Beschreibung der Rede zu treten, in welcher der damalige Präsident Adolfo Suárez das Gesetz über die politische Reform der Öffentlichkeit vorstellt. Er tut dies am 10. September 1976 mit einer Direktschaltung der nationalen Fernseh- und Radiosender. Die viel gelobte Ansprache von Suárez veranschaulicht relevante Diskursstränge des hegemonialen Projekts der Transition. Im Folgenden greife ich einige exemplarische Passagen der Ansprache heraus. Zunächst ist ihr Auftakt interessant:

Heute stellt das Regierungskabinett das Gesetz für die politische Reform dem Nationalrat und, zur angebrachten Zeit, der Kammer (*cortes*) vor. Damit stehen wir auf der Zielgeraden eines Prozesses, der vor langem begann. In vernünftiger Übereinstimmung mit der demokratischen Aufrichtigkeit haben wir uns vorgenommen: Das spanische Volk soll zu Wort kommen. (Suárez 1976, 0:39-0:50)

Der Beginn der Ansprache ist unmissverständlich. Die Suárez-Regierung reicht in die franquistischen *cortes* (Kammern) ein Gesetz ein,¹⁰ das sich dem Prinzip der Volkssouveränität verpflichtet und auf diese Weise den Demokratisierungsprozess zu beschleunigen sucht. Besonders prägnant fällt die Verpflichtung mit dem Prinzip der Volkssouveränität aus. Suárez, ein nicht gewählter, sondern vom Monarchen bestimmter Präsident, stellt fest: Der Demokratisierungsprozess ist unausweichlich, er dauert schon lange an, wurde aber bisher nicht vom politischen System anerkannt. Überdies sticht die »demokratische Aufrichtigkeit« hervor, mit der sich Suárez verpflichtet, dem spanischen Volk »das Wort« zu geben. Demokratie und Volkssouveränität – dies sind die beiden Achsen, um die sich die Rede von Suárez dreht.

Wenn sich die »nationale Souveränität im Volk« verortet, dann muss dieses Volk so früh wie möglich zum politischen Akteur werden. Das Projekt zur politischen Reform setzt sich nach Suárez das Ziel, dem spanischen Volk demokratische Ausdruckskanäle zu geben. Das Reformprojekt erscheint dabei als eine nachrückende Revolution, es passt das politische System an die gesellschaftliche Realität an. Mit der berühmten Formulierung, dass »die Normalität der Straße zur politischen Normalität werden solle«, leistet der Präsident eine rhetorische Objektivierung seines politischen Vorhabens. Die Demokratisierung wird als unausweichlich stilisiert. Sie ist eine soziale Tatsache, an die sich die Regierung zwangsläufig anpassen muss. Damit geschieht eine zentrale Verschiebung. Für Suárez stellt sich nicht die Frage, *ob* die spanische Gesellschaft nach Jahrzehnten der Diktatur eine demokratische Öffnung fordert, sondern *wie* die gesellschaftliche Forderung nach Demokratie einen politischen Ausdruck findet. Suárez beschreibt das so: »[Das Projekt zur politischen Reform] ist ein einfaches und realistisches Projekt. Es

10 Diese Kammer wurde 1977 vom bis heute bestehenden Parlament, *El Congreso de los Diputados*, abgelöst.

soll als formale Kanalisierung dienen, damit das Volk die ihm zustehende Führungsrolle ausübt.«

Das folgende Zitat zeigt, wie Suárez die demokratische Ordnung anstrebt:

Ich sagte Wahlen und dies ist, in der Tat, der Schlüsselpunkt des Projekts. Die geplanten Verfassungsänderungen werden erlauben, dass die Kammern [*cortes*] – das Parlament und der Senat – so früh wie möglich, in jedem Fall vor Juni 1977, aus universalen und geheimen Wahlen hervorgehen.

Auf diese Weise nimmt das Volk teil an der Gestaltung seiner Zukunft. So also erhebt das Volk seine Stimme und wählt seine Repräsentanten. Diese Repräsentanten fällen dann die Entscheidungen, die das nationale Gemeinwesen als Ganzes betreffen. (Suárez 1976, 3:19-4:00)

In den ersten Sätzen bekräftigt Suárez, dass die Wahlen im Zentrum des Projekts für die politische Reform stehen. Die legislativen Kammern, Parlament und Senat, sollen demokratisch bestimmt werden – und damit zu den Säulen von Spaniens politischem System avancieren. Zudem wird der Demokratisierung ein konkreter Zeithorizont (Juni 1977) gegeben. Besonders interessant ist aber die zweite Passage des Zitats, die nach dem kurzen Innehalten von Suárez ansetzt. Das Prinzip der Volkssouveränität wird durch repräsentative Mechanismen ergänzt. Indem das Volk seine Repräsentanten wählt, nimmt es an der Gestaltung seiner Zukunft teil. Das Verb »teilnehmen« (*participar*) ist hier wichtig. Das Volk hat keinen direkten, sondern nur einen vermittelten Einfluss auf die kollektive Selbstregierung. In letzter Instanz ist es nicht das Volk, sondern es sind seine Repräsentanten, welche die Entscheidungen fällen, »die das nationale Gemeinwesen betreffen«. Das Volk übt seine Souveränität nicht direkt aus, sondern delegiert sie an seine Repräsentanten.

Auf diese Weise artikuliert Suárez das Ideal einer *betreuten Souveränität*. Das Volk ist zwar souverän, es bedarf aber der Repräsentanten, um sich zu regieren. Diesen Repräsentanten obliegt die letzte Entscheidungsmacht. In der Rede verbindet sich dieses repräsentative Souveränitätsideal mit dem Motiv des bruchlosen Regimewechsels vom Franquismus zur Demokratie. Suárez betont, dass die Demokratisierung keinem totalen Bruch mit der franquistischen Vergangenheit gleichkomme. Angestrebt werde die »Transition von einem System der legitimen Delegation der Autorität hin zu einem System der vollen und verantwortlichen Teilhabe« (Suárez 1976: 7:10-7:16). Die Transition sieht Suárez als organische Evolution von der franquistischen Diktatur zur konstitutionellen Monarchie. Der spanische Rechtsstaat solle verteidigt, »konstitutionelle und legale Brüche verhindert« und die franquistische Legalität an die demokratischen Reformen »ohne totale Brüche« angepasst werden (ebd.). Diese Zielrichtung ist nicht zufällig. 1976 ist ein Jahr der großflächigen Mobilisierung der antifranquistischen Opposition. Der vorsichtige Souveränitätsbegriff von Suárez delegitimiert dezidiert den revolutionären Maximalismus der linken Oppositionskräfte. Die Transition, die der Präsident anstrebt, nimmt gewisse Kräfte mit und grenzt andere aus.

Die Ideale einer betreuten Souveränität und einer bruchlosen Evolution aus dem Franquismus heraus stehen bei Suárez im Zeichen einer gebändigten Demokratie. Sie schreibt zum einen dem Konsens eine Schlüsselrolle zu. Um den Regimewechsel durchzuführen, strebt der Präsident ein Großkonsens aller relevanten Akteure an. Dafür

müssen Maximalpositionen verlassen und Kompromisse geschmiedet werden. Zum anderen schließt die Demokratie, wie sie Suárez in seiner Rede vom 10. September 1976 anvisiert, das Volk zwar nicht aus, ermächtigt es aber auch nicht so stark, dass daraus ein chaotischer, gesetzesloser Bruch mit dem Ist-Zustand folgen könnte. Nicht das Volk, sondern seine Repräsentanten haben die politischen Entscheidungen zu fällen.

Das Gesetz für die politische Reform wird im Dezember 1976 per Referendum angenommen. Bei einer Wahlbeteiligung von 77 Prozent stimmen über 94 Prozent der Wahlberechtigten dem Text zu. Daraus folgt zunächst die breitflächige Legalisierung politischer Parteien, einschließlich der kommunistischen PCE. Am 15. Juni 1977 finden dann die ersten demokratischen Wahlen der nachfranquistischen Zeit statt. Sie können als »Gründungswahlen« gelten, denn sie beenden den Franquismus und richten eine demokratische Ordnung ein (vgl. Devecchi 2015: 11). Aus diesen Wahlen geht die Zentrumspartei UCD von Suárez mit 34,6 Prozent der Stimmen und 165 von 350 Sitzen als klare Wahlsiegerin hervor. Es folgen die Sozialisten (PSOE) mit 29,4 Prozent, die Kommunisten (PCE) mit 9,3 Prozent, die Konservativen (AP) mit 8,8 Prozent sowie die baskischen und katalanischen Nationalisten. Die Wahlen verwirklichen somit das beruhigte Evolutionsszenario, das Adolfo Suárez in seiner Rede anvisiert hatte. Zwei moderate Volksparteien sind entstanden, UCD rechts der Mitte und der PSOE links von ihr. Dies mäßigt die Pluralität des Parlaments und begünstigt Konsensfindungen rund um mittige Positionen (vgl. Anybel 2015: 8).

Ereignis 3: Große Pakte, neue Verfassung (1977/1978) Nach den Wahlen von 1977 wird ein verfassungsgebender Prozess eingeleitet. Zwei Schlüsselereignisse symbolisieren den Gründungskonsens des nachfranquistischen Spaniens. Erstens sind dies die *Pactos de la Moncloa*, die im Oktober 1977 von den zentralen Parteien, Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbänden unterzeichnet werden. Die Pakte haben eine doppelte, politische und ökonomische Schlagseite. Auf politischer Ebene bereiten sie die Demokratisierung des Staatsapparats vor. Dazu gehören die Presse-, Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit. Prominent werden die *Pactos de la Moncloa* aber wegen ihrer wirtschaftspolitischen Vereinbarungen: »Es wird ein ambitioniertes Programm zur Sanierung und Reform der spanischen Wirtschaft [entworfen].« (Anonym 2015: 2) Liberale, linke und konservative Akteure einigen sich auf einen grundlegenden Austeritätsskurs. Er beinhaltet Maßnahmen wie Lohnzurückhaltung, Verringerung öffentlicher Ausgaben, Krediteinschränkungen und Erhöhung der allgemeinen Abgabenbelastung. Als Gegenleistung verspricht die Suárez-Regierung den Gewerkschaften und linken Parteien ein ambitioniertes Reformprogramm: von der Steuerreform über die Effizienzerhöhung der Sozialversicherung und der Reorganisation des Finanzsystems hin zur Einleitung von Demokratisierungsreformen (vgl. Maravall 1984).

Die *Pactos de la Moncloa* führen die spanische Wirtschaft auf den europäischen Binnenmarkt zu. »Man musste das bestehende Regulierungssystem abbauen, um den Eintritt in die Europäische Gemeinschaft (EG) vorzubereiten und die Flexibilität von Verwaltung und Volkswirtschaft zu erhöhen, um sie mit den westlichen Wirtschaftssystemen zu harmonisieren«, so fasst es Anybel zusammen (2015: 6f.). Die Pakte sind aber vor allem symbolisch bahnbrechend. Dass die postfranquistische Partei AP mit Sozialisten und Kommunisten oder der Arbeitgeberverband CEOE mit den linken Gewerkschaften

UGT und CCOO eine Vereinbarung erzielen, versinnbildlicht einen Paradigmenwechsel. Die Pakte stehen für »Spaniens politischem Neuanfang unter moderatem Vorzeichen« (Carolina 2015: 3). An ihnen beteiligen sich die verantwortungsbewussten Hauptakteure des Landes. Radikale Gruppierungen, etwa die faschistische Organisation Falange, die anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT oder die baskische Terrororganisation ETA werden von der sich bildenden Konsenskultur ausgeschlossen (vgl. ebd.). Es ist der erste Höhepunkt jener neuartigen Konsenspolitik, »that played a central role in establishing and consolidating the present democratic regime« (Gunther et al. 2004: 7).

Das eigentliche Gründungsmoment des demokratischen Spaniens besteht in der Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Die am 6. Dezember 1978 in Kraft getretene Verfassung gilt Autoren wie Bernecker (2009: 49) als »größte Leistung Spaniens im 20. Jahrhundert«. Für andere ist der Text der »Grundrahmen des modernen Spaniens« (Berye 2015: 4) oder die »normative Quelle von Spaniens Demokratie« (Medus 2015: 6). Nach den Generalwahlen von Juni 1977 und nachdem die *Pactos de la Moncloa* im Herbst ein generelles Verständigungsklima geschaffen haben, einigen sich im Frühling 1978 die parlamentarischen Fraktionen auf eine Expertenkommission, »die Verfassungsväter«, welche die Ausarbeitung des Verfassungstextes in Angriff nimmt. Nicht zuletzt aufgrund ihrer konsensuellen Erstellung erweist sich die Verfassung als Symbol des neuen Spaniens: »Die Verfassung von 1978 symbolisiert den gemeinsamen Weg, den die Spanier schließlich einschlugen. Sie wurde zum Mechanismus, um Spaniens historische Konflikte zu lösen und das friedliche Zusammenleben aller sicherzustellen.« (Anonym: 2015: 8)

Die Verfassung definierte Spaniens Staatsform als eine konstitutionelle Monarchie mit der klassischen Gewaltenteilung von Exekutive, Legislative und Judikative. Die legislative Funktion wird durch ein Zweikammerparlament ausgeübt, einer territorialen, dem Senat, und dem *Congreso de los Diputados* (Parlament). Letzterem kommt die zentrale legislative Macht zu, die die exekutive Regierungsgewalt wählt. Hingegen spielt die Monarchie eine primär symbolische Rolle. Als Staatsoberhaupt verkörpert Juan Carlos I die Einheit der Nation, ist oberster Befehlshaber der Streitkräfte, soll politisch mäßigend wirken und das Funktionieren der Institutionen gewährleisten.

Der Artikel des Verfassungsvaters Gregorio Peces-Barba (1978), »Die neue spanische Verfassung aus rechtsphilosophischer Perspektive«, vermittelt einen Eindruck des Gründungsgeistes, der den demokratischen Neuanfang beseelt. Dies legt Peces-Barba schon anhand des ersten Verfassungsartikels dar, der Spaniens Staatsform definiert: »Spanien konstituiert sich als sozialer und demokratischer Rechtsstaat, der als Grundwerte seiner Rechtsordnung die Freiheit, die Gerechtigkeit, die Gleichheit und den politischen Pluralismus verfehlt.« (Peces-Barba 1978: 22) An dieser Definition des demokratischen Rechtsstaates ist für Peces-Barba zentral, dass sie zu gleichen Teilen liberale und sozialistische Traditionen beinhaltet. Mit diesem Plädoyer wird dem Autor zufolge die liberale Rechtstradition durch eine sozialistische ergänzt. Erst die politische Vorreiterrolle der Arbeiterbewegung erklärt, warum das Wahlrecht, das Versammlungsrecht und ökonomische, kulturelle, ja sozialen Rechte im Allgemeinen zu Verfassungsrechten geworden sind (vgl. ebd.: 27f.). Im neuen Verfassungstext stünden liberale und sozialistische Elemente in einem Mischverhältnis, und gerade dies sei die Stärke des Textes. Liberale Freiheitsrechte und sozialistische Gleichheitsrechte bedürfen einander.

Für Peces-Barba lässt sich der sozialistische Gleichheitsanspruch nur innerhalb einer liberalen Demokratie verwirklichen.

Diese Verschränkung von Sozialismus und Liberalismus wendet eine doppelte Gefahr ab. Zum einen läutert sie vor der marxistischen Verachtung des liberalen Rechtsstaates als bloßem Überbau der kapitalistischen Wirtschaftssystems – eine Verachtung, die demokratiefeindlich sei und zum Totalitären neige (vgl. ebd.: 43). Zum anderen bewahren für den Autor sozialistische Elemente vor einer rein liberalen Rechtskonzeption, die subjektive Freiheitsrechte zum alleinigen Dreh- und Angelpunkt der Gesellschaft erkläre. Der demokratische Sozialismus, für den Peces-Barba steht, stelle dagegen einen starken Sozialstaat sicher, der Demokratie und Umverteilung fördere. Dies zeige sich anhand von Grundsätzen der neuen Verfassung wie direktdemokratischen Partizipationsmechanismen, staatlicher Wirtschaftskontrolle und -planung, der Unterordnung des Bruttoinlandsprodukts unter das Allgemeininteresse oder soziale Rechte wie die auf Wohnen, Bildung, Gesundheit oder würdevolle Arbeit (vgl. ebd.: 31f.).

Die Verflechtung liberaler und sozialistischer Rechtsverständnisse legt offen: In der Verfassung von 1978 hat für Peces-Barba der politische *Pluralismus* eine Schlüsselrolle. Solange die Verfassung mit der demokratischen Grundordnung vereinbar sei, gestatte der neue Rechtstext sehr verschiedene Deutungslinien. Diese pluralistische Prägung sei insofern bemerkenswert, als der Pluralismus eine abhängige Variable des Freiheitsbegriffes sei – und *kein* für sich stehender Rechtswert (vgl. ebd.: 38). Doch was garantiert, dass der Pluralismus als Gleichgewicht verschiedener politischer Traditionen gilt und nicht in die eine oder in die andere Richtung überhandnimmt?

Peces-Barba ist kein Rechtspositivist, sondern bekennender Schmittianer. Die Geltung der Verfassung sieht er in rechtsübergreifenden *politische Faktoren* aufgehoben. Dass im Rechtstext Liberalismus und Sozialismus eingeflossen sind, dass in ihm der Pluralismus so zentral ist, erklärt sich durch die Konjunktur der Transitionsjahre. Politische Kräfte verschiedenster Couleur haben sich zusammengetan, um einen Kompromiss über Spaniens Neuanfang zu finden. Ihr Konsens *stiftet* die junge demokratische Ordnung. Doch so zentral dieser Konsens ist, er bleibt eine kontingente politische Entscheidung verschiedener Akteure. Keine übergeordnete Instanz, weder Monarch noch Präsident oder Verfassung, kann ihre Konsensfindung auf Dauer stellen. Sie muss politisch gelebt werden. Peces-Barba schließt den Artikel emphatisch: »Der Konsens ist das Übereinkommen aller großen politischen Kräfte in der Gesellschaft und daher auch im Staatsapparat, um die Geltung der Verfassung zu bekräftigen. Dieses Übereinkommen ist in einer demokratischen Gesellschaft notwendig, es stellt die Geltung der Verfassung sicher.« (Ebd.: 44)

2.2 Modernisierung unter sozialistischem Vorzeichen?

Die Transitionsjahre sind der Gründungsmythos der spanischen Demokratie. Rund um die beiden Knotenpunkte einer betreuten Volkssouveränität und eines gemäßigten Konsenses entsteht eine neue politische Kultur. Auf ihrer Grundlage erlebt dann Spanien in den 1980er Jahren einen Wandel, der nicht mehr nur politisch ist, sondern überdies wirtschaftlich und sozialstrukturell. »Wir werden Spanien von oben bis unten verändern. Nicht einmal die Mutter, die das Land Spanien gebar, wird es wiedererkennen«